



Newsletter

der Österreichischen Gesellschaft
für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

01/10

Jänner
2010

Editorial

Sehr geehrtes Mitglied!

Mit sieben Großveranstaltungen im Parlament und in Schönbrunn, drei Jour-Fixe-Mittagessen im Hotel de France, den zweitägigen "Außenpolitischen Gesprächen" auf Schloss Hernstein sowie zehn Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Organisationen können wir auf ein aktives und erfolgreiches erstes Jahr der ÖGAVN in ihrer heutigen Form zurückblicken.

Das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA), die unabhängige Jugend- und Studierendenorganisation der ÖGAVN, hat im Jahr 2009 über 200 Aktivitäten in ganz Österreich gesetzt und darunter vor allem die auch international sehr erfolgreiche Vienna International Model United Nations (VIMUN) durchgeführt.

Die ÖGAVN hat sich auch wieder verstärkt an der Tätigkeit der World Federation of United Nations Associations (WFUNA), dem internationalen Dachverband aller UNO-Gesellschaften weltweit, beteiligt, hat an der Weltplenarversammlung in Seoul (Republik Korea) teilgenommen und vertritt den Weltverband bei den Vereinten Nationen in Wien.

Ein zweimonatlich erscheinender, elektronischer Newsletter informiert über Aktivitäten der Gesellschaft, sowie über aktuelle Entwicklungen im multilateralen und bilateralen Bereich. Daneben ist die ÖGAVN am AFA-Magazin GLOBAL VIEW sowie am Magazin SOCIETY beteiligt.

Wir hoffen, dass Sie mit unserem vorjährigen Programm zufrieden waren und danken Ihnen sehr herzlich für Ihre zahlreiche Teilnahme an unseren Aktivitäten. Einen detaillierten Rückblick auf das Jahr 2009 finden Sie im Protokoll der letzten Generalversammlung unter <http://afa.at/oega/p20091202.pdf>.

Auch für das kommende Jahr haben wir Vieles vor.

Unsere erste große Aufgabe ist Anfang Jänner 2010 die Übersiedlung unseres Büros vom Schweizerhof in die Stallburg. Die neuen Räumlichkeiten verfügen insbesondere über einen eigenen Clubraum, in dem wir regelmäßig Veranstaltungen und Treffen abhalten können. Wir freuen uns, wie schon von unserem Präsidenten Dr. Wolfgang Schüssel angekündigt, Sie dann Ende Jänner zur Eröffnung der neuen Räumlichkeiten einladen zu können. Gleichzeitig soll unsere in Arbeit befindliche neue Internet-Homepage fertig gestellt werden.

Natürlich werden wir Sie über unsere neue Büroadresse sowie die übrigen Kontaktdaten (Telefon, E-Mail) noch informieren. Für dringende Anfragen sind wir in der Übergangsphase wie bisher unter 0664/233 32 72 zu erreichen.

Am 11. Jänner 2010 findet am Abend in der Diplomatischen Akademie Wien eine Veranstaltung mit Botschafter Dr. Helmut Türk, dem Vizepräsidenten des Internationalen Seegerichtshof in Hamburg, statt, zu der die Mitglieder der ÖGAVN wieder herzlich eingeladen sind. Nähere Informationen und die Einladung haben Sie bereits erhalten.

Wir wünschen Ihnen für das Neue Jahr alles Gute, viel Erfolg, Glück und Gesundheit und freuen uns schon, Sie wieder bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen!

Dr. Axel Wüstenhagen
Newsletter-Redakteur

Michael F. Pfeifer
Generalsekretär

Vorschau auf Veranstaltungskooperationen (Jänner – Februar 2010)

11. Jänner 2010

Vortrag: "The Resurgence of Maritime Piracy - A Phenomenon on Modern Times"

Botschafter Dr. Helmut TÜRK, Vizepräsident des Internationalen Seegerichtshofes, Hamburg

Ort: Diplomatische Akademie Wien – Festsaal, 1040 Wien, Favoritenstraße 15a
 Veranstalter: Diplomatische Akademie Wien, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, Akademisches Forum für Außenpolitik - Wien

1. Februar 2010

Vortrag: "The Foreign Policy of Slovakia and Austro-Slovak Relations"

Miroslav LAJČÁK; Außenminister der Slowakischen Republik

Ort: Diplomatische Akademie Wien – Festsaal, 1040 Wien, Favoritenstraße 15a
 Veranstalter: Österreichisch-Slowakische Gesellschaft, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

5. Februar 2010

Vortrag

Jean ASSELBORN; Außenminister des Großherzogtums Luxemburg

Ort: Diplomatische Akademie Wien – Festsaal, 1040 Wien, Favoritenstraße 15a
 Veranstalter: Diplomatische Akademie Wien, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, Akademisches Forum für Außenpolitik - Wien

18. Februar 2010

Konzert der Österreichisch-Belgischen Gesellschaft

Eduard DUMOULIN; Pianist

Ort: Bösendorfer Saal, 1040 Wien,
 Veranstalter: Österreichisch-Belgische Gesellschaft, Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften (PaN), Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

(Weitere Einladungen zur Eröffnung unseres Clubs sowie Großveranstaltungen im Parlament folgen. Bitte beachten Sie mögliche Programm- und Terminänderungen. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen bzw. den Anmeldemodalitäten werden noch übermittelt bzw. finden Sie unter <http://www.una-austria.org> oder unter <http://afa.at> - Button „EVENTS“.)

Rückschau auf Veranstaltungen (November – Dezember 2009)

Vortrag des kroatischen Ex-Premiers Ivo Sanader

Die ÖGAVN lud am 25. November 2009 den kroatischen Ex-Premierminister Dr. Ivo Sanader ins österreichische Parlament zu einem Vortrag über „Kroatien und Südosteuropa im Prozess der Europäischen Integration“ ein. Im voll besetzten Nationalratssaal übernahm Altbundeskanzler und ÖGAVN-Präsident Dr. Wolfgang Schüssel die Vorstellung des prominenten Gastes und verwies dabei vor allem auf die Verdienste Sanaders, Kroatien nach Europa zurückgeholt zu haben.

Ivo Sanader selbst würdigte zunächst die Rolle Österreichs auf dem Weg Kroatiens in die EU und bezeichnete die anwesende ehemalige Außenministerin Ursula Plassnik und Altbundeskanzler Schüssel als besondere Freunde Kroatiens. „Wir fahren auf einer Linie“, betonte Sanader. Um keinen „unsinnigen Substanzverlust“ beim Beitritt zur EU zu haben, sei ein „kroatisches Modell“ entwickelt worden, die Opposition bei EU-Beitrittsfragen konstruktiv einzubinden. Nach Sanaders Rücktritt Anfang Juli 2009, konnte seine Nachfolgerin

Jadranka Kosor mit Slowenien eine Einigung im langwierigen Streit um die Bucht von Piran erreichen. Der Weg Kroatiens in die EU scheint nun geebnet.

Mit einem Blick in die Zukunft betonte Sanader, dass Kroatien eine Brückenrolle einnehmen werde, um weiteren potenziellen Beitrittskandidaten in Südosteuropa ebenfalls den EU-Beitritt zu erleichtern. Sanader sah darin einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der gesamten Region. Bei der abschließenden Frageunde räumte Sanader ein, dass sich Kroatien noch verschiedenen Problemen, wie etwa der Korruption, stellen müsse. Trotzdem äußerte sich der Ex-Premier kämpferisch: „Ich kenne keinen Pessimisten, der sein Ziel erreicht hat.“ Obwohl Sanader nicht in die Politik zurückkehren wolle, werde dieser Optimismus erforderlich sein, damit Kroatiens Reformpolitik Früchte tragen könne. (*Johannes Langer*)

60 Jahre Europarat: Konsequentes Engagement für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

"Mit der Gründung des Europarats vor 60 Jahren wurde der kommunistischen Unfreiheit eine europäische Wertegemeinschaft der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegenüber gestellt. Diese identitätsstiftende Kraft braucht Europa auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten“, erklärte Außenminister Spindelegger am 2. Dezember auf einer Festveranstaltung der ÖGAVN zum 60jährigen Jubiläum des Europarats im Parlament.

Der Europarat sei ein einzigartiges Forum und mit seinem festen Fundament gemeinsamer Werte für uns unersetzbar. Er sei und bleibe das menschenrechtliche und moralische Gewissen unseres Kontinents, betonte der Außenminister. Er verwies darauf, dass Österreich seit seinem Beitritt wichtige und konkrete Beiträge zur kontinuierlichen Weiterentwicklung des Europarates geleistet habe. Viele engagierte Österreicher hätten den Europarat mit ihrer wertvollen Arbeit mitgeprägt, sagte der Außenminister unter Hinweis auf die österreichischen Generalsekretäre Lujo Toncic-Sorinj, Franz Karasek und Walter Schwimmer.

Die Zukunft stelle den Europarat auch angesichts der heute großen Anzahl an Mitgliedstaaten vor Herausforderungen: "Um seine Funktion als Hüter der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit auch weiter erfüllen zu können, muss sich der Europarat diesen Herausforderungen stellen, sich laufend reformieren und neu positionieren", betonte Spindelegger. Die diesbezüglichen Ansätze des derzeitigen Europarats-Generalsekretärs Thorbjørn Jagland würden in die richtige Richtung weisen. Österreich werde sein persönliches Engagement zur weiteren Stärkung der Effizienz und Visibilität des Europarats bestmöglich unterstützen.

In den letzten Jahren seien auch neue Arbeitsfelder für den Europarat entstanden: Der Umgang mit und die Regulierung des Internets, der Kampf gegen Internetkriminalität und der Datenschutz seien Themen, bei denen die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit gefunden werden müsse.

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion ergriffen Europarats-Generalsekretär Thorbjørn Jagland, die 1. Vizepräsidentin des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter, Ass.-Prof. DDr. Renate Kicker, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 2002 – 2005, Dr. hc. Peter Schieder, der Generalsekretär des Europarates von 1999 – 2004, Dr. Walter Schwimmer, der Ständige Vertreter Österreichs beim Europarat von 1992 – 1996, Staatssekretär a.D. Botschafter Dr. Hans Winkler, sowie der derzeitige Ständige Vertreter Österreichs beim Europarat, Botschafter Dr. Thomas Hajnoczi, das Wort.

ÖGAVN-Generalversammlung

Am 2. Dezember fand im Abgeordnetensprechzimmer des Parlaments die ordentliche Generalversammlung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen unter dem Vorsitz von Vizepräsident Botschafter i.R. Dr. Gregor Woschnagg statt.

Die Generalversammlung nahm den Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Jahr sowie die Berichte über die Teilnahme an der 39. Plenarversammlung der WFUNA, die Publikationstätigkeit der ÖGAVN und die Veranstaltungen des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) zur Kenntnis. Aufgrund des Berichtes der Rechnungsprüfer erteilte die Generalversammlung dem Vorstand die Entlastung und genehmigte den Haushaltsplan für 2009.

Auf Wunsch der Vorsitzenden der Landessektion Steiermark wurde die Rolle der Landessektionen in der neuen ÖGAVN diskutiert. (Weitere Informationen zur Generalversammlung siehe <http://afa.at/oega/p20091202.pdf>.)

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon

"Kein Land ist frei von Diskriminierung"

Botschaft zum
"Internationalen Tag der Menschenrechte",
(10. Dezember 2009).

Kein Land ist frei von Diskriminierung. Wir beobachten sie überall und in vielen Formen: Alt und neu, versteckt und offen, öffentlich oder privat. Sie kann als institutionalisierter Rassismus auftreten, als ethnischer Konflikt, als Folge von Intoleranz oder Zurückweisung, oder als Teil der offiziellen nationalen Geschichtsschreibung, die die Identität anderer leugnet.

Diskriminierung zielt auf Einzelne und Gruppen, die verletzlich sind: Behinderte, Frauen und Mädchen, Arme, Migranten, Minderheiten und all diejenigen, die als anders angesehen werden.

Diese Menschen werden oft vom wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen. Der Fanatismus, mit dem sie stigmatisiert und ausgegrenzt werden, kann von Extremisten genutzt werden. In einigen Ländern beobachten wir eine wachsende Fremdenfeindlichkeit.

Aber diese Diskriminierungsopfer sind nicht allein. Die Vereinten Nationen stehen an ihrer Seite. Wir sind entschlossen, die Rechte aller Menschen zu verteidigen, besonders die der Verletzlichsten. Das ist unsere Aufgabe.

Die weltweite Gemeinschaft wird Vorurteilen und Hass weiter entgegenwirken. Die öffentliche Aufmerksamkeit hat zu weltweit gültigen Verträgen geführt, die rechtlichen Schutz vor Diskriminierung und ungleicher Behandlung sicher stellen.

Aber abstrakte Verpflichtungen genügen nicht. Wir müssen gegen Ungleichheit und Intoleranz angehen, wo immer sie auftreten.

An diesem Internationalen Tag der Menschenrechte lade ich alle Menschen dazu ein, sich den Vereinten Nationen und allen Verteidigern der Menschenrechte weltweit im Kampf gegen Diskriminierung anzuschließen.

*(Deutsche Übersetzung:
Informationsdienst der Vereinten Nationen, Wien.
Der „Internationale Tag der Menschenrechte“ gedenkt der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948.)*

UNO Highlights (November – Dezember 2009)

Generalversammlung bestätigt Goldstone-Bericht

Mit 114 gegen 18 Stimmen, bei 44 Enthaltungen hat die UNO-Generalversammlung am 5. November den Bericht einer Untersuchungskommission bestätigt, der sowohl israelischen Truppen als auch militanten Palästinensergruppen vorwirft, im Zuge des Konfliktes im Gazastreifen zu Jahresbeginn 2009 schwere Menschenrechtsverletzungen begangenen zu haben. Die unter der Leitung des südafrikanischen Richters Richard Goldstone stehende Kommission hatte auf beiden Seiten schwerwiegende Verletzungen des internationalen humanitären Rechts festgestellt und in einzelnen Fällen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesprochen. Er hat u.a. die Vorlage des Berichtes an den Sicherheitsrat gefordert, da bisher weder die israelische Regierung noch die verantwortlichen palästinensischen Behörden eine glaubwürdige Untersuchung der erhobenen Vorwürfe eingeleitet hätten.

UNO-Ernährungsgipfel ohne greifbare Ergebnisse

Nach dreitägigen Beratungen endete am 18. November ein UNO-Ernährungsgipfel in Rom ohne greifbare Ergebnisse. Die Teilnehmer konnten sich weder auf messbare Ernährungsziele noch auf konkrete Fristen für die Beendigung von Hunger und Unterernährung einigen, unter denen mehr als eine Milliarde Menschen in aller Welt leiden. Das Treffen verabschiedete lediglich eine Erklärung, in der sie ihre grundsätzliche Verpflichtung zur ehestmöglichen Beseitigung des Hungers bekräftigen. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Hunger und das, obwohl nach den Worten von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und FAO-Generaldirektor Jacques Diouf genügend Nahrungsmittel für alle Menschen auf der Erde vorhanden seien. Die FAO hatte zu Beginn der Tagung vorgeschlagen, dass der Hunger in der Welt bis zum Jahr 2025 endgültig beseitigt werden müsse. Dazu sei eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft der Entwicklungsländer von 44 Milliarden Dollar jährlich erforderlich.

Der Gipfel bekannte sich zum ersten Millenniums-Entwicklungsziel, die Zahl der hungernden Menschen bis zum Jahr 2015 zu halbieren, die internationale Koordination der Hungerhilfe durch eine breitere Beteiligung des öffentlichen und privaten Sektors zu verbessern, die internationale Finanzierung der Landwirtschaft der Entwicklungsländer zu erhöhen und neue Investitionen in die Agrarproduktion der Dritten Welt zu erschließen.

Zu den prominenten Teilnehmern des Gipfels zählte auch Papst Benedict XVI., der die Regierungen aufrief, in den internationalen Handelsbeziehungen auf die „Logik des Profits als Selbstzweck“ zu verzichten.

Wangari Maathai wird UNO-Friedensbotschafterin

Die Friedensnobelpreisträgerin und grüne Aktivistin Wangari Maathai wurde am 14. Dezember von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zur Friedensbotschafterin der Vereinten Nationen mit den Schwerpunkten Umwelt und Klimawandel bestellt. Die Kenianerin hat sich seit vielen Jahren mit zahlreichen Aktionen für die Erhaltung der Umwelt und nachhaltige Entwicklung eingesetzt. U.a. hat sie die Basisbewegung „Green Belt“ gegründet, die in ganz Afrika mehr als 40 Millionen Bäume gepflanzt hat. Sie erhielt dafür als bisher einzige afrikanische Frau 2004 den Friedensnobelpreis.

Zu den Friedensbotschaftern der Vereinten Nationen zählen auch der Dirigent Daniel Barenboim (für Frieden und Toleranz), der Schauspieler George Clooney (Friedenssicherung), der Schriftsteller Paulo Coelho (Armut und interkultureller Dialog), der Schauspieler Michael Douglas (Abrüstung), die Primatologin Jane Goodall (Arten-Erhaltung und Umweltfragen), und die Geigerin Midori Goto (Millennium-Entwicklungsziele und Jugend). Außerdem: Prinzessin Haya Bint al Hussein (Millennium-Entwicklungsziele und Hunger), der Cellist Yo-Yo Ma (Jugend), die Schauspielerin Charlize Theron (Beendigung der Gewalt gegen Frauen), Nobelpreisträger Elie Wiesel (Menschenrechte) und der Sänger und Liederschreiber Stevie Wonder (Menschen mit Behinderungen).

UNO-Klimakonferenz: Politische Teileinigung, aber verbindliches Abkommen noch in weiter Ferne

Die UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen endete am 19. Dezember 2009 mit einer politischen Einigung der Vertragsstaaten, den Anstieg der globalen Temperaturen durch die Verpflichtung zu beträchtlichen Emissionsreduktionen auf 2 Grad Celsius zu beschränken und die Finanzmittel für Maßnahmen der Entwicklungsländer zur Bewältigung des Klimawandels zu erhöhen. Die Kopenhagener Übereinkunft wurde von einer Mehrheit der Länder, darunter die größten und reichsten, sowie die kleinsten und besonders vom Klimawandel betroffenen Staaten gebilligt.

Die Übereinkunft sei nicht das, was sich viele erhofft hätten, betonte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zum Abschluss der Konferenz. Aber sie sei ein wichtiger Anfang. Die Übereinkunft erkenne die Meinung der Wissenschaft an, dass ein globaler Temperaturanstieg unter 2 Grad Celsius

gehalten werden müsse, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen sich die Industriestaaten einzeln oder gemeinsam zu Emissionszielen bis zum Jahr 2020 verpflichten, die in die Übereinkunft bis spätestens 31. Jänner 2010 einzutragen sind.

Eine Reihe von Entwicklungsländern, darunter wichtige Schwellenländer stimmten zu, ihre Bemühungen zur Eindämmung des Treibhausgasausstoßes alle zwei Jahre bekannt zu geben und ihre freiwilligen Reduktionszielen ebenfalls bis 31. Jänner 2010 in die Übereinkunft einzutragen.

UNFCCC-Exekutivsekretär Yvo de Boer erklärte, man habe zwar eine Übereinkunft in Kopenhagen erzielt, aber die Ambitionen zur Senkung der Emissionen müssten um ein Beträchtliches gesteigert werden, wenn man die weitere Erderwärmung bei 2 Grad Celsius einbremsen wolle. Da die bisherigen Zusagen zur Emissionssenkung nicht ausreichen würden, um das angestrebte Ziel zu erreichen, haben die Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen beschlossen, die Übereinkunft bis 2015 überprüfen zu wollen. Dabei soll auch das langfristige Ziel, den Anstieg der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, berücksichtigt werden.

Die Staats- und Regierungschefs kamen auch überein, einen Kopenhagener Grünen Klimafonds zu schaffen, der Sofortmaßnahmen gegen den Klimawandel finanzieren soll. Die gemeinsame Beitragsverpflichtung der Industriestaaten an diesen Fonds soll im Laufe der nächsten drei Jahre 30 Milliarden US-Dollar betragen. Zur langfristigen Finanzierung kamen die Industriestaaten überein, ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aufzubringen, um den Finanzbedarf der Entwicklungsländer zu decken.

119 Staats- und Regierungschefs nahmen an der Konferenz von Kopenhagen teil, die damit zur größten Versammlung von Staatsoberhäuptern und Premierministern in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde. Der Klimawandel ist zur ständigen Herausforderung der politischen Führung der Länder geworden, sagte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und rief die Führer der Welt auf, sich auch weiterhin dieser Herausforderung zu stellen. Exekutivsekretär de Boer stellte dazu trocken fest: Was vor uns liege, sei eine Absichtserklärung, die noch keine präzisen Angaben darüber mache, was rechtlich zu regeln sei. Die große Aufgabe bestehe jetzt darin, aus dem in Kopenhagen politisch Vereinbarten etwas Reales, Messbares und Verifizierbares zu machen.

Die nächste UNO-Klimakonferenz findet Ende 2010 in Mexico City statt. Davor gibt es noch zwei Verhandlungswochen in Bonn vom 31. Mai bis 11. Juni.

Österreich und die Vereinten Nationen

Sicherheitsrat betritt Neuland beim Schutz von Zivilisten

Österreich habe die Herrschaft des Rechts seit Beginn seiner Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat ins Zentrum seiner Arbeit gestellt. Mit der Annahme der Resolution 1894 des Sicherheitsrats zum Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten am 11. November sei ein ermutigender Fortschritt in diesem Bereich erreicht worden, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am Rande des UNO-Sicherheitsrats, der den von Österreich vorgeschlagenen Resolutionstext einstimmig angenommen hatte.

Herzstück der Resolution sind die UNO-Missionen, die eine zentrale Rolle beim Schutz von Zivilisten spielen. Hier enthält der Text konkrete und praxisorientierte Maßnahmen, die sich um drei Kernbereiche drehen: zielgerichtetere Erstellung der Mandate für Missionen, intensivere Ausbildung für die Blauhelme sowie die Etablierung eines Frühwarnmechanismus durch einen verbesserten Informationsfluss innerhalb der UNO und zwischen der Mission vor Ort und dem UNO-Hauptquartier. Der UNO-Generalsekretär wird dazu in den kommenden Monaten einheitliche Trainingsstandards für Blauhelme erarbeiten und ein operationelles Gesamtkonzept für den Schutz von Zivilisten bei Friedensmissionen vorlegen.

Der Sicherheitsrat betritt mit dieser Resolution Neuland. So wird erstmals der Missbrauch von Zivilisten als menschliche Schutzschilder als klarer Verstoß gegen internationales humanitäres Recht verurteilt. Darüber hinaus spricht die Resolution eine deutliche Sprache zur Verantwortlichkeit der Täter. Spindelegger: „Diese Resolution ist ein konkreter Beitrag, um der Gewalt im Krieg klare rechtliche Schranken zu setzen. Der Sicherheitsrat stellt ausdrücklich klar, dass Verbrechen gegen Zivilisten nicht straffrei bleiben dürfen. Niemand kann sich seiner Schutzverantwortung entziehen. Alle Konfliktparteien - auch nichtstaatliche Akteure - müssen für ihre Verstöße auf nationaler oder internationaler Ebene zur Verantwortung gezogen werden. Dabei wird auch ausdrücklich auf die internationale Strafgerichtsbarkeit verwiesen, sollte auf nationaler Ebene keine ausreichende Verfolgungsmöglichkeit bestehen.“ (BMeiA, 11. November 2009)

Plassnik: "CEDAW - die Magna Charta der Gleichberechtigung der Frauen"

Vor 30 Jahren wurde die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women - CEDAW) durch die UNO-Generalversammlung angenommen. Mit Blick auf die bisher männlich dominierte Menschheitsgeschichte war CEDAW ein Meilenstein. In aller Form festgeschrieben wurde darin allerdings im Grunde Selbstverständliches. „Heute leuchtet CEDAW wie ein starker Scheinwerfer auf die vielen Zonen eklatanter Diskriminierung von Mädchen und Frauen“, erklärte die Sonderbeauftragte für internationale Frauenfragen im Außenministerium, Ursula Plassnik, am 24. November.

186 Staaten - fast alle UNO-Mitglieder - hätten die Konvention mittlerweile ratifiziert. Es sei zweifellos ein Erfolg von CEDAW, dass heute kaum eine internationale Debatte ohne Berücksichtigung der Menschenrechte von Frauen stattfinden könne. Negativ sei jedoch, dass viele Länder die Konvention nur mit gravierenden Vorbehalten - vor allem im Ehe- und Familienrecht - ratifiziert haben. Auch die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen durch Regierungen und Gesetzgeber erfolge oft nur äußerst zögerlich. Die Entschlossenheit nationaler und lokaler Behörden, frauenrechtliche Vorschriften auch tatsächlich anzuwenden und Verstöße dagegen zu bestrafen, sei der wahre Prüfstein für den Erfolg von CEDAW, betonte Plassnik.

Wien 2010 Zentrum des weltweiten Kampfes gegen HIV/AIDS

Zum Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember erklärte Außenminister Spindelegger, dieser Tag der weltweiten Solidarität mit HIV-Infizierten, Aids-Kranken und den ihnen nahestehenden Menschen solle allen bewusst machen, dass die Pandemie AIDS noch immer grassiere und abertausende Menschenleben fordere.

Der diesjährige Welt-AIDS-Tag sei auch der Startpunkt für die Vorbereitungen der Welt-AIDS-Konferenz, die Ende Juli 2010 in Wien stattfinden wird. Rund 25.000 Teilnehmer und 2.500 Medienvertreter werden zu diesem weltweit wichtigsten Kongress zum Thema HIV/AIDS erwartet. Wien steht damit in einer Reihe mit Barcelona (2002), Bangkok (2004), Toronto (2006) und Mexico City, wo 2008 die bislang letzte Konferenz abgehalten wurde. Die Konferenz in Wien wird sich mit den wissenschaftlichen, programmatischen und politischen Entwicklungen zum Thema HIV/AIDS mit regionalem Schwerpunkt auf Osteuropa und Zentralasien befassen. (BMeiA, 30. November 2009)

Mehr Sicherheit in Westafrika

Anlässlich der Westafrika-Geberkonferenz, die am 3. Dezember vom UNO-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) organisiert wurde, betonte Außenminister Spindelegger die Rolle Wiens als Knotenpunkt für internationale Expertise und zukunftsorientierte Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Die Konferenz sei eine weitere Stärkung des Standorts Wien im internationalen Dialog für Frieden und Entwicklung.

Bei der Konferenz wurde die Unterstützung konkreter Programme zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Drogenkriminalität in Westafrika beschlossen. Korruption und organisierte Kriminalität, insbesondere Drogen-, Waffen- und Menschenhandel würden die Demokratie und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Westafrika untergraben. Diese Missstände gefährdeten damit unmittelbar die Sicherheit in der Region. Unser Ziel müsse es daher sein, lokale Regierungen im Aufbau von stabilen und funktionierenden Sicherheits- und Verwaltungsstrukturen zu stärken, erklärte Spindelegger. *(BMeiA, 3. Dezember 2009)*

Bedeutender Beitrag der UNIDO zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen

Zur Eröffnung der 13. Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Wien, wies Außenminister Spindelegger darauf hin, dass sich die UNIDO über die Jahre einen besonderen Stellenwert im Gefüge der UNO erarbeitet habe: Als einzige Organisation verbinde sie das Ziel der Armutsbekämpfung mit Energie- und Umweltaspekten. Mit der Konzentration auf umweltschonende Produktion und Nutzung erneuerbarer Energiequellen leiste die UNIDO einen bedeutenden Beitrag zur zentralen Herausforderung unserer Zeit.

Die UNIDO sei ein geschätzter Partner von Empfänger- wie Geberländern. Mit ihrem Fachwissen und ihrer aktiven Rolle in der Förderung von erneuerbarer Energie sei sie eine Schaltstelle im internationalen Energienetzwerk, das in Wien beheimatet ist, so Spindelegger. Österreich habe als Gastland nicht nur eine traditionell enge Verbindung zur UNIDO, sondern leiste zudem konkrete Beiträge zur Arbeit dieser Organisation. *(BMeiA, 7. Dezember 2009)*

Schutz der Menschenrechte ist Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik

"Nach wie vor werden engagierte Männer und Frauen in vielen Teilen der Welt verfolgt, wenn sie gegen Willkür, für die Rechte der Schwächsten in ihrer Gesellschaft oder den Schutz von Minderheiten eintreten. Ihr Mut und ihre Bereitschaft, für den Schutz der Rechte anderer ihr Leben zu riskieren, verdient Anerkennung und verlangt unsere volle Unterstützung", erklärte Außenminister Spindelegger anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte (10. Dezember).

Das konsequente Eintreten für die weltweite Achtung und den Schutz der Menschenrechte sei ein Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik. Besondere Aufmerksamkeit gelte dabei den Rechten von Frauen und Kindern, von verfolgten Minderheiten und von Menschenrechtsverteidigern. Um ihre Rechte effektiv zu schützen, würden alle verfügbaren Foren wie EU, UNO, Europarat oder OSZE genützt. Um die Einhaltung der Menschenrechte zu verbessern, müsse auch garantiert werden, dass Menschen in aller Welt besser über ihre Rechte und Grundfreiheiten Bescheid wüssten. Nur so könnten sie aktiv für diese Rechte eintreten. *(BMeiA, 9. Dezember 2009)*

Für Objektivität und Transparenz bei UNO-Terrorliste

Der UNO-Sicherheitsrat hat am 17. Dezember einstimmig eine Resolution beschlossen, die die künftige Arbeitsweise des Al-Kaida/Taliban-Komitees neu regelt. Österreich hat sich seit Übernahme des Komiteevorsitzes besonders dafür eingesetzt, dass das Verfahren, wie Personen auf die Terrorliste gesetzt werden, möglichst transparent und nach internationalen Standards abgewickelt wird. Mit dem Beschluss sei ein Meilenstein gelungen. Aufgrund des österreichischen Engagements sei ein Paradigmenwechsel für die Geltung der Menschenrechte in diesem sensiblen Bereich geschafft worden, sagte Außenminister Spindelegger.

Das Al-Kaida/Taliban-Komitee wurde 1999 als Unterorgan des Sicherheitsrates eingerichtet und verwaltet eine Liste von rund 500 Personen und Entitäten, die Sanktionen der UNO unterworfen sind. Das Verfahren zur Aufnahme in diese Liste ist aufgrund mangelnder Transparenz und rechtstaatlicher Verfahrensgarantien Gegenstand von Kritik gewesen. Auf österreichische Initiative soll nun eine Ombudsperson für die unabhängige Überprüfung aller von der Liste zu streichenden Fälle sorgen. *(BMeiA, 17. Dezember 2009)*

Ein Jahr Österreich im UNO-Sicherheitsrat

Seit Jänner 2009 nimmt Österreich seine Verantwortung als Mitglied des UNO-Sicherheitsrats (SR) wahr und arbeitet dabei eng mit den anderen SR-Mitgliedstaaten und insbesondere den EU-Partnern zusammen. Zu den österreichischen Prioritäten im Sicherheitsrat zählen die Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, der Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, die Stärkung der Rolle von Frauen in Postkonfliktsituationen und Friedensprozessen sowie der Bereich Abrüstung, Rüstungskontrolle und Non-Proliferation.

Gleich zu Beginn der österreichischen Mitgliedschaft setzte sich Österreich in den Resolutionsverhandlungen zur Beendigung der Gazakrise erfolgreich für eine rasche Einstellung der Kampfhandlungen und für eine Konsenslösung unter den 15 Sicherheitsratsmitgliedern ein.

Vor dem Hintergrund der Militäroffensive der Regierung von Sri Lanka gegen die tamilischen Befreiungskämpfer (LTTE) forderte Außenminister Spindelegger gemeinsam mit seinen britischen und französischen Amtskollegen eine Befassung des SR mit der humanitären Lage in Sri Lanka, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und die humanitäre Versorgung der eingeschlossenen Zivilisten.

Österreich verurteilte den Raketenstart Nordkoreas Anfang April als eklatante Verletzung bestehender Resolutionen und unterstützte die Entscheidung des SR, die Sanktionen gegen Nordkorea weiter zu verschärfen. Österreich trat im August für eine deutliche Antwort des SR auf die Verurteilung von Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi zu weiteren 18 Monaten Hausarrest ein.

Darüber hinaus bot die Mitgliedschaft im SR die Chance, Österreich verstärkt als Drehscheibe für Dialog und Ort der Begegnung zu verankern. Die informellen Gespräche der Parteien des Westsahara-Konflikts sowie die 30-Jahr-Feier des Amtssitzes und der Besuch einer Delegation nepalesischer Verfassungsjuristen Anfang November konnten zur Positionierung Wiens genutzt werden.

Sicherheitsrats-Vorsitz im November

Eine besondere Herausforderung während des ersten Jahres der Mitgliedschaft Österreichs im SR bildete der Vorsitz im November 2009. Als Vorsitzland war Österreich gefordert, einen Konsens der 15 SR-Mitglieder zu den anstehenden Fragen und Resolutionsentwürfen herbeizuführen. Alle Resolutionen während des Vorsitzmonats wurden einstimmig angenommen.

Den Höhepunkt des österreichischen SR-Vorsitzes bildete die einstimmige Annahme der Resolution 1894 zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten. Unter dem Vorsitz von Außenminister Spindelegger fand am 11. November eine hochrangige Debatte zu diesem Thema statt, an der auch UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und der kroatische Außenminister Jandrokovic teilnahmen. Die Resolution trägt zur Verbesserung der Einhaltung der internationalen Standards zum Schutz von Zivilisten durch die Konfliktparteien bei und legt den Grundstein für eine effektive Umsetzung von Schutzaufgaben durch friedenserhaltende Operationen im Feld.

Österreich setzte sich auch dafür ein, dass der Schutz der Zivilbevölkerung als höchste Priorität der UNO-Friedensoperation im Kongo (MONUC) gestärkt wurde und dass wichtige Elemente der Resolution 1894 in das Mandat von MONUC Eingang gefunden haben. Unter österreichischem Vorsitz wurden außerdem die UN-Mandate der EU-Friedenseinsätze in Bosnien und Herzegowina (EUFOR Althea) und zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias (EUNAVFOR Atalanta) verlängert.

Als Vorsitz des 1267-Sanktionenkomitees zu Al Qaida und Taliban bemüht sich Österreich intensiv um eine Verbesserung der Verfahrensstandards auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Die von Österreich massiv unterstützte Resolution 1904 sieht nun unter anderem die Einrichtung eines Ombudsmannes für Personen und Unternehmen, gegen die Sanktionen verhängt wurden, vor.

2010 feiert Österreich das 50-Jahr-Jubiläum der Beteiligung an UN-Friedenseinsätzen. Erstmals nahm Österreich 1960 bei einem UN-Friedenseinsatz im Kongo teil. Aus diesem Anlass und vor dem Hintergrund der laufenden Reform der UN-Friedensoperationen wird sich das „40. IPI-Seminar“ mit der Zusammenarbeit zwischen der UNO und Regionalorganisationen bei der Friedenssicherung beschäftigen. Österreich plant auch für August 2010 wieder einen UN-Retreat in Alpbach. (BMeiA, 29. Dezember 2009)

EU/Multilaterales

20 Jahre Zentraleuropäische Initiative

Am 11. November 1989 wurde die Zentraleuropäische Initiative (CEI) in Budapest gegründet, unter wesentlicher Mitwirkung des damaligen Außenministers Dr. Alois Mock. Im Umbruchjahr 1989 signalisierte der Wille zur Zusammenarbeit zwischen Österreich, Ungarn, Italien und dem damaligen Jugoslawien einen neuen Aufbruch. Anlässlich des 20jährigen Jubiläums der Zentraleuropäischen Initiative, hob Außenminister Spindelegger die historische Bedeutung dieses regionalen Forums für Europa hervor: "Die Zentraleuropäische Initiative hat sich seit ihrer Gründung stark gewandelt. Als größte regionale Partnerschaft kommt ihr eine wichtige Rolle zu, etwa bei der Heranführung der Nachbarregionen der EU an die Europäische Union".

Seit ihrer Gründung hat sich die Zentraleuropäische Initiative sowohl in struktureller als auch in inhaltlicher Hinsicht den geopolitischen Entwicklungen angepasst. Die CEI ist heute ein Forum für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Initiative besteht aus 18 Staaten: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Italien, Kroatien, Mazedonien, Moldau, Österreich, Polen, Rumänien, Serbien, Montenegro, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn und Weißrussland. Mit 1. Jänner 2010 übernimmt der ehemalige Botschafter Österreichs bei den Vereinten Nationen, Dr. Gerhard Pfanzelter, die Funktion des Generalsekretärs der Initiative mit Sitz in Triest. *(BMeiA, 11. November 2009)*

Neue Drehscheibe für österreichische Entwicklungspolitik

"Herausforderungen wie hohe Nahrungsmittelpreise, die Folgen des Klimawandels und die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich betreffen alle Staaten der Welt in gleicher Weise. Auf diese globalen Krisen gilt es daher auch im Rahmen der Entwicklungspolitik gemeinsame Antworten zu finden", sagte Außenminister Spindelegger zur Eröffnung des C3 - Centrum für Internationale Entwicklung. Das Centrum versteht sich als Ort für Wissen, Information und Begegnung und besteht aus der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung, den Organisationen BAOBAB und Frauensolidarität, dem Paulo Freire Zentrum, dem Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik und dem Österreichischen Spendeninstitut.

Die zunehmende globale Vernetzung bedeute, dass Entwicklungspolitik verstärkt als weltumspannende Strukturpolitik und Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche wahrgenommen werden müsse. Entwicklungszusammenarbeit sei nicht nur ein wichtiger Teil der österreichischen Außenpolitik, sondern vielmehr die Verantwortung der gesamten Bundesregierung, betonte der Außenminister. Es sollen daher mehr als bisher Synergieeffekte zwischen Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen wie Wirtschaft, Umwelt oder Sicherheit erzielt werden. Das neue Centrum für Internationale Entwicklung trägt diesem Ziel Rechnung: Forschung, Bildung und Information zur Entwicklungspolitik werden unter einem Dach vereint. Das Centrum soll eine bedeutende Rolle in der entwicklungspolitischen Landschaft Österreichs einnehmen und eine Drehscheibe für österreichische Entwicklungspolitik werden. *(BMeiA, 24. November 2009)*

Vertrag von Lissabon endlich in Kraft

"Wir diskutieren seit neun Jahren - seit dem Abschluss des Vertrags von Nizza - über eine bessere Geschäftsgrundlage. Nun ist der Vertrag von Lissabon endlich in Kraft getreten und Europa kann sich seinen eigentlichen Herausforderungen widmen, wie dem Klimawandel, Europas Rolle in der Welt sowie der Bewältigung der Wirtschaftskrise", erklärte Außenminister Spindelegger anlässlich des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon am 1. Dezember.

Mit dem neuen EU-Reformvertrag sei eine solide und zukunftsfeste Grundlage für die künftige Arbeit der EU geschaffen worden. Der EU-Vertrag bringe mehr Demokratie und mehr Effizienz in Europa - durch moderne Werkzeuge, klarere Aufgabenbeschreibung, den weltweit modernsten Grundrechtskatalog und zeitgemäße Kontrollrechte für die Bürger und Mitgliedstaaten. Der Vertrag gebe den kleineren Staaten in der EU weiterhin ein besonderes Gewicht. Österreich sei weiterhin überproportional in den Institutionen der EU vertreten und habe alle Chancen, sich Einfluss und Gehör zu verschaffen, erklärte der Außenminister. So werde jedes Land weiterhin einen eigenen Kommissar stellen und im Rat würden neben der Bevölkerungsgröße alle Staaten über eine eigene Stimme verfügen.

Österreich nehme eine wichtige Rolle als Anwalt seiner Partner am Balkan ein und habe mit der EU-Donauraumstrategie einen neuen EU-Rahmen initiiert, um noch enger mit seinen Nachbarn kooperieren zu können. *(BMeiA, 1. Dezember 2009)*

Stärkung der OSZE statt neuer Sicherheitsarchitektur

"Der russische Vorschlag für einen neuen Sicherheitsvertrag verdiene eine eingehende Prüfung. Dabei stehe allerdings eines außer Diskussion: Diese Debatte müsse innerhalb, nicht außerhalb der OSZE stattfinden, erklärte Außenminister Spindelegger am 1. Dezember auf der Ministerkonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Athen.

"Wir brauchen eine offene und direkte Debatte über die Zukunft der Sicherheit in Europa", betonte der Minister. Gerade dazu hätten alle Mitgliedstaaten der OSZE im Juni in Korfu einen umfassenden Diskussionsprozess ins Leben gerufen. Dieser Korfu-Prozess sei die Antwort auf die russischen Anliegen. Jetzt eine völlig neue Richtung einzuschlagen, wäre das falsche Signal. Der europäische Sicherheitsdialog müsse weiterhin im Rahmen der OSZE stattfinden. *(BMeiA, 1. Dezember 2009)*

Dialog der Kulturen soll regionale Kooperation in Südosteuropa fördern

Der Weg in die Europäische Union führe für die Staaten Südosteuropas über eine konsequente Reformpolitik. Die Wiedervereinigung Europas könne aber nur gelingen, wenn sich die Staaten der Region auch um gelebte Nachbarschaft bemühen. Für eine friedliche, stabile und sich nachhaltig entwickelnde Region seien daher grenzüberschreitender Dialog und regionale Kooperation unabdingbare Voraussetzungen. Österreich werde seine Freunde am Westbalkan in diesen Bemühungen weiter mit allen Kräften unterstützen, erklärte Außenminister Spindelegger anlässlich der ersten Südosteuropa Regionalkonferenz der UNO-Allianz der Zivilisationen. Die Allianz setzt sich für einen weltweiten Dialog der Kulturen und Religionen ein. Bei der Konferenz in Sarajevo trafen sich Vertreter aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowenien und Ungarn, sowie Österreich, Spanien und der Türkei.

Die „Regionalstrategie für den Interkulturellen Dialog und Kooperation in Südosteuropa“ und die bei der Konferenz beschlossene „Sarajewo-Deklaration“ haben die Basis für eine verstärkte Kooperation in den Bereichen Jugend, Bildung und Medien geschaffen. Österreich will gemeinsam mit den Partnerstaaten besonders die Jugend fördern. Der Außenminister schlug ein regionales Symposium zu diesem Thema vor, um Möglichkeiten des Dialogs und der effektiven Teilnahme der Jugend in der Region zu stärken und einen grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch zu entwickeln. Das Symposium soll im Herbst 2010 von Österreich gemeinsam mit seinen Partnern in der Region in Sarajewo veranstaltet werden. *(BMeiA, 14. Dezember 2009)*

Bilaterales

Spindelegger beklagt fehlender Mut zu Verhandlungen im Nahen Osten, warnt vor Neubeginn der Gewaltspirale im Nahen Osten

"Wir vermissen gegenwärtig die Bereitschaft und den Mut zu einem ernsthaften Verhandlungsprozess", erklärte Außenminister Spindelegger am 19. November anlässlich eines Gesprächs mit Hanan Ashrawi, der langjährigen palästinensischen Parlamentarierin und einer zentralen Figur im Ringen um palästinensische Unabhängigkeit und einen demokratischen Staat. Dabei sei die Überwindung der Spaltung des palästinensischen Lagers eine der zentralen Herausforderungen. Fatah und Hamas müssen einen Grundkonsens über eine verfassungsmäßige und demokratische Rechtsordnung finden. Ansonsten blieben alle Anstrengungen um einen unabhängigen Staat zum Scheitern verurteilt.

Nach einem Gespräch mit dem israelischen Vize-Premierminister und Verteidigungsminister Ehud Barak am 14. Dezember in Wien sagte der Außenminister, der gegenwärtige Stillstand im Nahen Osten nähere Hoffnungslosigkeit und spiele den Extremisten in die Hände. Ein glaubwürdiger Stopp der illegalen israelischen Siedlungspolitik, eine nachhaltige innerpalästinensische Verständigung und ein überzeugender Gewaltverzicht seien unerlässliche Vorleistungen für einen echten Friedensprozess.

"Wir verstehen Israels Sorge um die Sicherheit seiner Bürger, wir sind aber der festen Überzeugung, dass ein ernsthaft geführter Friedensprozess die wirksamste Sicherheitsgarantie darstellen würde. Dabei kann sich kein Partner in der Region seiner Verantwortung entziehen. Jeder muss seinen Beitrag leisten, um eine Atmosphäre zu schaffen, die ernsthafte Verhandlungen erlaubt. Ansonsten droht ein Neubeginn der Gewaltspirale im Nahen Osten", erklärte Spindelegger.

Die Erleichterung der Lebensbedingungen der Palästinenser in Teilen des Westjordanlandes seien Schritte in die richtige Richtung gewesen, aber noch immer erschwerten israelische Besatzungs- und Absperrungsmaßnahmen massiv das Leben der palästinensischen Bevölkerung. Besonders besorgniserregend stelle sich dabei die Lage im Gaza-Streifen dar. Das untergrabe nachhaltig das Vertrauen in einen politischen Prozess und stärke jene Kräfte, die einen Rückgriff auf gewaltsame Methoden propagierten. Es gebe keine Alternative zu einer Friedenslösung außerhalb einer verhandelten Zweistaatenlösung. Österreich und die EU würden in ihren politischen Anstrengungen in Zusammenarbeit mit den USA und den beiden anderen Partnern im Quartett keinen Moment zögern, die Konfliktparteien auf dem Weg zurück an den Verhandlungstisch zu unterstützen. *(BMeiA, 19. November und 14. Dezember 2009)*

Westerwelle: Politik auf gleicher Augenhöhe

Bei seinem Antrittsbesuch in Österreich hat sich der neue deutsche Außenminister Guido Westerwelle Ende November zu einer Politik der guten Nachbarschaft bekannt, in der er auch den kleineren Staaten Europas "auf gleicher Augenhöhe" begegnen wolle. Er werde sich an der Politik des deutschen Langzeitaußenministers Hans-Dietrich Genscher (FDP) und des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU) orientieren, sagte Westerwelle. Durch den Lissabon-Vertrag sehe er die Rolle der nationalen Außenminister nicht geschwächt, sondern "ergänzt und gestärkt".

Der Idee von Ausgleichszahlungen für deutsche Studenten, die an österreichischen Universitäten studieren, erteilte der FDP-Politiker eine Absage. Die Freizügigkeit im Bereich Bildung und Ausbildung sei ein Grundprinzip der EU. Er halte es für eine Errungenschaft, dass junge Menschen reisen und zueinander finden könnten. Diese Frage könne nicht bilateral diskutiert werden, sondern sei auf EU-Ebene im Rahmen des Bologna-Prozesses zu besprechen.

Der Vizekanzler der schwarz-gelben Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel betonte die gutnachbarschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich. Besonderes Lob hatte er für den österreichischen Vorsitz im Weltsicherheitsrat parat. Dies sei "eine großartige Leistung", zu der er gratulieren müsse. *(APA, 25. November 2009)*

Österreich für mazedonische EU-Perspektive

Österreich bleibe ein klarer Befürworter der mazedonischen EU-Perspektive und werde seine volle Unterstützung für eine baldige Eröffnung der Beitrittsverhandlungen auch in Zukunft fortsetzen, betonte Außenminister Spindelegger nach seinem Gespräch mit dem mazedonischen Vize-Premierminister Vasko Naumovski am 3. Dezember in Wien.

Der Wegfall der Visapflicht mit 19. Dezember sei ein klares Zeichen der weiteren Europäisierung Mazedoniens. Sie beweise, dass die europäische Perspektive kein Lippenbekenntnis, sondern ein konkretes Angebot sei. Dieser Schritt sollte daher ein wichtiger Antrieb sein für die nächsten Etappen auf Mazedoniens Reformweg. Im Namensstreit Mazedoniens mit Griechenland hoffe er auf eine einvernehmliche Lösung beider Staaten, sagte Spindelegger, betonte aber, dass diese sensible bilaterale Angelegenheit keinen Einfluss auf den mazedonischen Weg Richtung EU-Integration haben dürfe.

Der Außenminister bekräftigte auch die guten wirtschaftlichen Beziehungen mit Mazedonien und verwies dabei auf Österreichs Position als größter ausländischer Investor. Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und eine unparteiische Rechtsprechung seien unabdingbare Voraussetzungen, um Mazedonien als Zielland für ausländische Investitionen attraktiv zu halten. *(BMeiA, 3. Dezember 2009)*

Teheran muss Gewalt gegen Demonstranten beenden

Nach gewalttätigen Ausschreitungen bei Demonstrationen im Iran, bei denen es in den letzten Dezembertagen Tote und Verletzte gegeben hatte, erklärte Außenminister Spindelegger am 28. Dezember, die brutalen Übergriffe der iranischen Sicherheitskräfte auf demonstrierende Bürgerinnen und Bürger, die nur von ihren politischen Grundrechten Gebrauch machten, könnten von der internationalen Staatengemeinschaft nicht hingenommen werden. Der Außenminister rief die iranische Regierung auf, die Krise nicht auf gewaltsame Weise, sondern mit den Mitteln des Dialogs zu lösen.

Die iranische Regierung müsse der Spirale der Gewalt ein Ende setzen. Eine politische Lösung der Krise könne nur auf friedlichem Wege gefunden werden und nicht durch brutale Unterdrückungsmaßnahmen. *(BMeiA, 28. Dezember 2009)*

Aus der Arbeit der WFUNA

Aufgaben und Ziele

Der Weltverband der UNO-Gesellschaften (WFUNA) versteht sich als Volksbewegung für die Vereinten Nationen, die ihre wichtigste Aufgabe in der Information, Förderung und Koordination der Tätigkeit eines weltweiten Netzwerkes nationaler UNO-Gesellschaften zur Unterstützung der Prinzipien und Programme der Vereinten Nationen sieht. Die WFUNA will Toleranz, gegenseitiges Verständnis, Solidarität und Zusammenarbeit in aller Welt fördern und zur Beseitigung von Hindernissen für den Frieden beitragen. Die WFUNA setzt sich für Gerechtigkeit, Sicherheit und Abrüstung, für die friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit zwischen den Staaten, für die Anerkennung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und des sozialen Fortschritts sowie für die Förderung von Forschung, Information und Ausbildung über die Ziele der Charta der Vereinten Nationen und die Arbeit der Organisationen des UNO-Systems ein. Sie sucht die Zusammenarbeit mit anderen internationalen nichtstaatlichen Organisationen, die sich ebenfalls für die Förderung der UNO und ihre weitere Entwicklung einsetzen und übernimmt in der Gruppe der NGOs mit Konsultativstatus bei der UNO verschiedene Führungsaufgaben.

Ein Jahresrückblick

Von WFUNA-Generalsekretär Bonian Golmohammadi

Die vergangenen zwölf Monate standen im Zeichen komplexer und miteinander zusammenhängender globaler Herausforderungen, die erneut unterstrichen, wie notwendig die internationale Zusammenarbeit über alle Grenzen, Kulturen, gesellschaftlichen Bereiche und Generationen hinweg ist.

Zahlreiche bedeutende Ereignisse haben bei den Vereinten Nationen stattgefunden. Viele konnte man als ermutigende Erfolge der Organisation verstehen. Im Juni lud der Präsident der 63. UNO-Generalversammlung zu einem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zur Erörterung der globalen Finanzkrise ein. Generalsekretär Ban Ki-moon betonte, dass die Krise die Notwendigkeit eines "erneuerten Multilateralismus" aufgezeigt habe. Da die Herausforderungen in einem engen Zusammenhang stünden, müssten auch unsere Lösungen diesem Zusammenhang Rechnung tragen. Das Treffen machte deutlich, dass die Vereinten Nationen aktiver und effizienter in dieser Frage involviert sein sollten.

Im Juli führte die Generalversammlung eine Debatte über die Schutzverantwortung. 92 Staaten ergriffen dazu das Wort und demonstrierten ihr starkes Interesse an dieser Norm. Sie setzten sich eindrucksvoll für die Umsetzung ihres 2005 abgegebenen Bekenntnisses zur Verhinderung von Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen ein. Zwei Monate später verabschiedete die Generalversammlung ihre erste Resolution zur Schutzverantwortung und kam überein, weitere Diskussionen über das Gebot der Schutzverantwortung durchzuführen.

Im September eröffnete die Generalversammlung ihre 64. Tagung. Höhepunkte der Tagung waren zunächst die Annahme einer Resolution, mit der eine neue Sekretariatseinheit der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau ins Leben gerufen wurde. Es folgte der bisher größte Gipfel über den Klimawandel, der vom UNO-Generalsekretär einberufen wurde und zeigte, welchen Stellenwert die maßgeblichste Herausforderung unserer Zeit – die globale Erwärmung und ihre Folgen – bereits im politischen Bewusstsein der Staatsführer einnimmt. Schließlich führte US-Präsident Barack Obama den Vorsitz bei einem historischen Treffen des Sicherheitsrates, bei dem die Resolution 1887 einstimmig verabschiedet wurde. Darin bekräftigte der Rat seine Rolle als Mediator in nuklearen Streitfragen sowie seine nachdrückliche Unterstützung für den Atomsperrvertrag (NPT).

Dieses Jahr hat auch Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte gebracht. 2009 prüfte der Menschenrechtsrat zahlreiche Grundrechtsfragen und verabschiedete mehr als 70 Resolutionen mit Schwerpunkten auf der Situation der Menschenrechte in der Demokratischen Volksrepublik Korea, in der Demokratischen Republik Kongo, in den besetzten palästinensischen Gebieten, sowie in Myanmar, Somalia und Sri Lanka. Die UNO-Gesellschaften (UNAs) werden immer stärker in diesen Überprüfungsprozess eingebunden: Sie legen dem Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte Dokumente vor und helfen ihren Regierungen bei der Vorbereitung für den Überprüfungsprozess. Trotz eines eher holprigen Beginns endete die Überprüfungskonferenz von Durban mit einem positiven Ergebnis. Der Menschenrechtsrat soll

2011 einer grundlegenden Überprüfung unterzogen werden. Es bleibt noch viel zu tun, bis der Rat seinen Aufgaben voll und ganz gerecht werden kann.

Zum Jahresende stand die Frage des Klimawandels mit dem UNO-Klimagipfel in Kopenhagen neuerlich an vorderster Stelle der Tagesordnung der Vereinten Nationen. Im kommenden Jahr muss eine konsolidierte und strategische Nachbesserung der Ergebnisse von Kopenhagen erfolgen und u.a. eine Verwaltungsstruktur für die von vielen Regierungen abgegebenen Finanzierungszusagen ausgearbeitet werden. Auch bei diesem Prozess müssen die Vereinten Nationen an vorderster Stelle mitwirken.

Das Jahr 2010 wird ein entscheidendes Jahr werden. Die nächste Überprüfungskonferenz des Atomsperrvertrages findet vom 3. – 28. Mai in New York statt. Es steht zu hoffen, dass die Regierungen ihr Bekenntnis zum Atomsperrvertrag in fairer und ausgewogener Weise erneuern und ihre Abrüstungsbemühungen verstärken. Im September wird die zweite Runde zur Überprüfung der Fortschritte bei den Millenniums-Entwicklungszielen im Rahmen eines Weltgipfels erfolgen. Es bleiben nur mehr fünf Jahre, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Man setzt daher hohe Erwartungen in die Konferenz und hofft, dass sie den erforderlichen politischen Willen und die entsprechende Energie für die Schaffung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung aufbringt.

Die WFUNA und unser Netzwerk nationaler UNO-Gesellschaften hat die Weltorganisation stets nachhaltig unterstützt und ihre Mitglieder vor Ort laufend über die Ziele und Aufgaben der Vereinten Nationen informiert. Im August 2009 hielt die WFUNA ihre 39. Plenarversammlung in Seoul ab, in der Vertreter von 49 UNAs aus allen Teilen der Welt zusammenkamen, um eine neue Führung für den Weltverband zu wählen, dessen Zielvorgaben in einer Erklärung von Seoul niederzulegen und eine Reihe von Resolutionen zu zahlreichen politischen Themenstellungen zu verabschieden. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon dankte als Hauptredner der Eröffnungsveranstaltung dem Weltverband für seine langjährige Unterstützung für die Vereinten Nationen. Parallel zur Plenarversammlung fand in Seoul auch ein Jugendtreffen statt, an dem 49 Teilnehmer aus Jugendorganisationen von 23 UNAs teilnahmen.

Im November trafen WFUNA-Präsident Park Soo Gil, die Vorsitzende des WFUNA-Exekutivkomitees, Kathryn White, der Vorstandsdirektor der "Freunde der WFUNA", John C. Whitehead, und ich mit Generalsekretär Ban Ki-moon zusammen, der die Freundlichkeit hatte, die WFUNA-Führung zu einem Mittagessen einzuladen. Dabei wurden zahlreiche Fragen der Beziehungen zwischen der UNO-Führung und der WFUNA und laufende globale Fragen – vor allem das Problem des Klimawandels – angesprochen.

Die WFUNA hat sich für 2010 einige wichtige Vorhaben vorgenommen. Im Rahmen der „Global Citizen Kampagne“ wurden Programme auf den Gebieten Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet, die alle im Einklang mit der Erklärung von Seoul stehen. Ich hoffe auf die Unterstützung und aktive Teilnahme aller UNAs an der Umsetzung dieser Projekte und freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen bei diesen Vorhaben. Weitere Informationen über diese Projekte folgen zu Beginn des Neuen Jahres.

Die "globale Bürgerschaft" war auch im abgelaufenen Jahr ein ständiges Thema für den Weltverband. Jeder Einzelne, der Teil unseres Netzwerkes ist, ist ein „globaler Bürger“. Wir alle bekennen uns zu den Idealen der Vereinten Nationen, bringen unser aktuelles Interesse an den globalen Fragen unserer Welt zum Ausdruck und setzen uns für eine Welt der friedlichen Zusammenarbeit, der nachhaltigen Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte für alle ein.

Zum Ausklang dieses Jahres bitte ich Sie alle, über unsere Errungenschaften und die Errungenschaften der Vereinten Nationen nachzudenken und zu überlegen, auf welche kreative und durchführbare Weise wir zu weiteren Fortschritten im Neuen Jahr beitragen können.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien erholsame Feiertage und viel Glück und Erfolg im Neuen Jahr.

Bonian Golmohammadi
Generalsekretär der WFUNA

UN-Kalender (Jänner – Februar 2010)

Tagungen und Konferenzen

11. - 29.1.2010	Ausschuss für die Rechte des Kindes (Genf)
12. – 14.1.2010	UNICEF-Verwaltungsrat (New York)
14. – 22.1.2010	Hochrangige Arbeitsgruppe für die Umsetzung des Rechts auf Entwicklung (Genf)
18.1. – 5.2.2010	Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (Genf)
19. – 22.1.2010	Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) (New York)
21.1.2010	Konferenz der Vertragsstaaten der Internationalen Konvention für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (New York)
25.1. – 3.2.2010	Ausschuss für nichtstaatliche Organisationen (New York)
27. – 29.1.2010	Konferenz der Vertragsstaaten der UNO-Konvention gegen das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen, offene Arbeitsgruppe für Menschenhandel (Wien)
1. – 5.2.2010	Internationaler Suchtstoff-Kontrollrat (INCB), (Wien)
3. – 12.2.2010	Kommission für Soziale Entwicklung (New York)
8. – 19.2.2010	Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums, Wissenschaftlich/technischer Unterausschuss (Wien)
9. – 12.2.2010	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, Organisationstagung (New York)
15.2. – 12.3.2010	Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (Genf)
22.2. – 19.3.2010	Sonderausschuss für Friedenseinsätze (New York)
23. – 26.2.2010	Statistikkommission (New York)

Internationale Jahrzehnte

Beginn des Jahrzehnts der Vereinten Nationen für die Wüsten und die Bekämpfung der Ausdehnung der Wüstengebiete (2010-2020)

Ende des Jahrzehnts der Vereinten Nationen für die Zurückdrängung der Malaria, vor allem in Afrika (2001-2010)

Ende des Jahrzehnts der Vereinten Nationen für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit für die Kinder der Welt (2001-2010)

Ende des Zweiten Internationalen Jahrzehnt für die Beseitigung des Kolonialismus (2001-2010)

Internationale Jahre 2010

Internationales Jahr der Wiederannäherung der Kulturen

Internationales Jahr der Biodiversität

Internationale Tage

27.01.10 Internationaler Gedenktag für die Opfer des Holocaust

20.02.10 Welttag der sozialen Gerechtigkeit

21.02.10 Internationaler Tag der Muttersprache

Offenlegung gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, (ZVR 469512554). Präsident: Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel. Für den Inhalt verantwortlicher Redakteur: Dr. Axel Wüstenhagen. Büro: 1010 Wien, Hofburg/Stallburg, Reitschulg. 2. Tel.: +43/664/233 32 72. E-Mail: una.austria@afa.at. Grundlegende Richtung: Der Newsletter informiert über Aktivitäten und Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen sowie ihres internationalen Dachverbandes, der World Federation of United Nations Associations (WFUNA). Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe: 30. Dezember 2009.